

## Ein Jahr R2G



Berlins Rot-Rot-Grüner Senat:

1. Reihe v.l.n.r.: **Sandra Scheeres** (SPD) (Bildung, Jugend und Familie), **Dilek Kolat** (SPD) (Gesundheit, Pflege, Gleichstellung), **Ramona Pop** (Grüne) (Bürgermeisterin, Wirtschaft, Energie und Betriebe), **Michael Müller** (SPD) (Regierender Bürgermeister, Wissenschaft und Forschung), **Regine Günther** (Grüne) (Umwelt, Verkehr und Klimaschutz), 2. Reihe v.l.n.r.: **Elke Breitenbach** (Linke) (Integration, Arbeit und Soziales), **Andreas Geisel** (SPD) (Innen und Sport), **Dr. Dirk Behrendt** (Grüne) (Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung), **Dr. Klaus Lederer** (Linke) (Bürgermeister, Kultur und Europa), **Dr. Matthias Kollatz-Ahnen** (SPD) (Finanzen), **Katrin Lompscher** (Linke) (Stadtentwicklung und Wohnen).  
Foto: dpa

Heute vor einem Jahr trat der aus SPD, Linken und Grünen gebildete neue Berliner Senat an. Gefeierte und zerrissene wurde dieses Jubiläum, warum auch immer, schon am 27. November. Vielleicht wollte man nicht in den SPD-Bundesparteitag hineingrätschen, der gegenwärtig die Schlagzeilen bestimmt. Der Senat firmiert in der Öffentlichkeit unter dem Kürzel R2G, was wie ein beweglicher Computer aus einer fernen Galaxie klingen mag, sich jedoch im Hier und Heute befindet. Treffend beschreibt der Kommentator der Berliner Zeitung, Jan Thomsen, den Zustand der Koalition nach einem Jahr: „Politik ist kein Schönheitswettbewerb. Berlins rot-rot-grüner Senat mag, wie Umfragen immer wieder belegen, die unbeliebteste Landesregierung Deutschlands sein. Daran kann sich ergötzen und darüber kann sich ärgern, wer immer möchte. Richtig bleibt: Es geht gar nicht um Beliebtheit in der Politik.“

Nein, es geht um Fakten. Und diese besagen, dass ein Jahr lang R2G kontinuierlich die einzig mögliche Regierungskoalition mit derzeit 52% ist (Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung vom 26.11.2017). Vor einem Jahr kam R2G auf 52,8%. Zwischenzeitlich schwächelt die SPD und kommt jetzt nur noch auf 18%, im September 2016 waren es noch 21,6%. Dafür haben die Grünen von 15,2 auf 16% und die Linken von 16 auf 18% zugelegt und die Sache wieder ausgeglichen.

Jenseits von Rot-Rot-Grün gibt es keine mögliche Koalition. Auch wenn sich die CDU von ihren katastrophalen 17,6% auf jetzt 21 hochgearbeitet hat, nützt ihr das nichts. Ihr bleibt die Rolle der ständig nörgelnden Opposition, die alles besser weiß, aber nichts besser machen kann. Von den anderen Oppositionsparteien FDP und AfD müssen wir nicht reden. Sie tragen zu nichts bei, was die Stadt nach vorn bringen könnte. Der Tagesspiegel schreibt heute: „50 Prozent der Berliner können nicht sagen, wer die beste Oppositionsarbeit macht. 20 Prozent sind der Meinung, die CDU macht die beste Oppositionsarbeit, 17 Prozent die FDP und 13 Prozent die AfD.“ Die größte Oppositionspartei, die CDU, hat mit einer Anzeigenkampagne in der Berliner Woche – rund 1,8 Mio. Leser – dem Senat Totalversagen vorgeworfen. Siehe paperpress Newsletter vom 6. Dezember 2017.

Der Tagesspiegel beschäftigt das Umfrageinstitut „Civey“ und veröffentlicht heute seine aktuellen Erkenntnisse zu R2G, die deutlich abweichen von Infratest dimap und Forsa. Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt zählt in seinem Newsletter auf, wie es nach Erkenntnissen von „Civey“ um den Senat bestellt ist.

1. In der Kategorie „sehr zufrieden“ scheitert die rot-rot-grüne Koalition knapp an der 5%-Hürde - und eine Zweidrittelmehrheit kann mit der Landesregierung gar nichts anfangen (Tendenz: steigend).

2. Die Partei des Regierenden Bürgermeisters, die SPD, kommt gerade noch auf 16,8 % - das reicht knapp für Platz 3 vor den Grünen (15). Es führt die CDU (21,9), gefolgt von der Linkspartei (19,3); die AfD erreicht 10,1 % und die FDP 8,6.

3. Bei einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters käme der Kandidat „Jemand anderen“ mit weitem Vorsprung auf Platz 1 (42,4 %), Amtsinhaber Michael Müller mit 10,7 % nach Monika Grütters (11,2) und Klaus Lederer (10,8) nur auf Platz 4.

„Ein Kernthema der Müller-Regierung ist der Abbau des Sanierungsstaus. Da haben die Bürger klare Vorstellungen, in welche Bereiche vorrangig investiert werden soll. Auf dem Wunschzettel ganz vorn steht der Wohnungsbau (40,1 Prozent), dann kommen Schulen (28,1 Prozent) und die Polizei (14,4 Prozent). Die Verkehrsinfrastruktur steht auf dem vierten Platz (10,7 Prozent), das Geld sollte vorrangig in den öffentlichen Personennahverkehr gesteckt werden. Das meinen immerhin 49,3 Prozent der Berliner. Investitionen in den Radverkehr finden 23,5 Prozent vorrangig, gefolgt vom Autoverkehr (17,2 Prozent).“ Interessant ist, dass nur 3,9 Prozent die Bürgerämter nennen. Offenbar läuft es dort an vielen Stellen besser als behauptet.

Der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, zieht nach einem Jahr der rot-rot-grünen Koalition hingegen eine positive Bilanz: „Rot-rot-grün bringt die Stadt voran. Wir stehen für eine solidarische, offene und sichere Stadt. Eine Stadt, auf die sich die Berlinerinnen und Berliner verlassen können. Mit dem Jahrzehnt der Investitionen sorgen wir dafür, dass wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind. Gute Schulen, eine sichere Stadt, eine funktionierende Verwaltung, bessere Pflege und nachhaltige Investitionen in Forschung und Lehre zeigen, dass die SPD-geführten Ressorts sich an ihr Versprechen halten, Politik für die Berlinerinnen und Berliner zu machen und die Stadt Schritt für Schritt besser auszustatten. Mit uns an der Spitze werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Mit Mut, Respekt und Verantwortung. Für ein Berlin für alle.“

Die Berliner Zeitung schreibt: „Die **Ein-Jahres-Bilanz dieser Koalition**, die mit dem hohen Ziel einer sozial-ökologisch runderneuten Stadtpolitik gestartet ist, **fällt nach dem ersten Jahr ernüchternd aus**, schon gar verglichen mit dem Anspruch. Aber es trifft die Lage ziemlich exakt, wenn Klaus Lederer (Linke) anmerkt: ‚So schlecht war es eigentlich gar nicht.‘“ „Alle Probleme“, so die Berliner Zeitung, „sind nach einem Jahr noch da, manche sind es schon sehr lange...Die immer größere Knappheit bezahlbarer Wohnungen. Der schlechte Zustand der Schulen. Das schwächliche Bildungsniveau. Das unsagbare BER-Desaster. Die dysfunktionalen Verwaltungen. Die schlecht bezahlten Beamten. Das wachsende Verkehrschaos. Der Eindruck steigender Unsicherheit. Die mangelnde Integration (nicht nur) Tausender Flüchtlinge. Die hohe Armutsquote.“

„Niemand kann erwarten“, so die Berliner Zeitung, „dass sie wie von Zauberhand verschwinden, nur weil ein neuer Koalitionsvertrag gedruckt wird. Die Frage ist, ob ernsthaft an ihnen gearbeitet wird und ob die Lösungsansätze überzeugen können. Und ja, das können sie – sicher nicht in jedem Detail, aber in jedem Fall grundsätzlich. **Berlin hat eine Landesregierung, die alle relevanten Probleme dieser Stadt auf dem Schirm hat.** Die Verwaltungsreform samt Digitalisierung hat begonnen. Wohnungen werden gebaut, wenn auch noch zu wenig. Die größte Not der Flüchtlinge, die vor einem Jahr noch in Turnhallen hausen mussten, ist beseitigt. Ein Mobilitätskonzept – natürlich mit rot-rot-grünen, nicht mit schwarz-gelben Akzenten – ist auf den Weg gebracht. Berlins Behörden stellen ein, dass es kracht. Das Sozialticket wurde günstiger, öffentliche Mieten gekappt, zigtausende Zwangsumzüge von

Hartz-IV-Haushalten verhindert. Ein Schulbauprogramm ungekannter Größenordnung wird angeschoben.

„Das alles steht noch am Anfang. Und es bleibt nicht nur eine Menge weiterer Aufgaben, es kommen fast wöchentlich welche hinzu – zuletzt etwa die Ausbildungsprobleme an der Polizeiakademie, die ebenfalls nicht erst seit Jahresfrist bestehen. Klar ist aber: Es gibt einen Senat, der kooperiert und sich die großen wichtigen Brocken vornimmt. Das mag aus Wählersicht stets wünschenswert sein, es ist aber nicht selbstverständlich – was jeder weiß, der sich an den Vorgängersenate erinnert oder der den Zank der vielfarbigen Koalitionäre auf Bundesebene verfolgt hat.“

Der Autor der Berliner Zeitung, Jan Thomsen, kommt zu dem Schluss: „Auch die Wähler scheinen das im Übrigen zu wissen. Die drei Parteien des rot-rot-grünen Senats haben in keiner Umfrage dieses Jahres ihre absolute Mehrheit verloren. Nur untereinander haben sich die Gewichte verschoben, zu Lasten der SPD, zu Lasten auch ihres Senats- und Parteichefs Müller. Wäre die Berlin-Wahl am nächsten Sonntag, gäbe es wieder eine klare rot-rot-grüne Mehrheit. **Weit und breit keine Wechselstimmung, weit und breit kein Bedürfnis nach Neuwahlen im Land.** Vielmehr wird es höchste Zeit, detailliert über Konzepte zu streiten statt einander nur Unfähigkeit zu attestieren. **Auf geht's – four more years.**“

Fazit: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.

**Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch**